

Tabak-Arbeiter

Nr. 10 / Bremen, den 9. März 1929

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 % ohne Bringerlohn. Glückwunsch- und Todesanzeigen sowie Arbeitsgesuche: Expedition des „Tabak-Arbeiter“. Andere Inserate und Bellancen: „Werb a“ - Gesellschaft für Anzeigen und Verlagswesen m. b. H., Berlin SW 11, Königsgräber Str. 97. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung, Bremen. Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanstalt J. H. Schmalfeidt & Co. Redaktionschluss Montagsabend

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition. Bremen, Am der Weide 20, Telefon: Ami Domsheide 20780 Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto Bankabteilung der Großhandels-Gesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Millae Bremen. Verbandsvorführer: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsauschussvorsitzender: P. Schöne, Hamburg, Rosenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

Wählt freigewerkschaftliche Betriebsräte!

Wie alljährlich um diese Zeit, so müssen auch jetzt wieder die Mitglieder der Betriebsvertretungen gewählt werden. Das Ergebnis der Betriebsrätewahlen wird, darüber kann es keinen Zweifel geben, ein zuverlässiger Maßstab für die gewerkschaftliche Reife der Arbeiterschaft sein. Je größer die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte und Betriebsobmänner ist, desto größer ist die Gewähr, daß die Interessen der Arbeiterschaft im Rahmen des Betriebsrätegesetzes nach jeder Richtung wahrgenommen werden. Das gilt auch für die Tabakindustrie.

Es würde zu weit führen, hier im einzelnen darzulegen, welche Fülle von Aufgaben den Mitgliedern der Betriebsvertretungen übertragen worden ist; ein kurzer Auszug muß da genügen. Unter anderem sollen sie darüber wachen, daß in dem Betriebe die zugunsten der Arbeiterschaft gegebenen gesetzlichen Vorschriften und die maßgebenden Tarifverträge durchgeführt werden. Sie haben die Arbeitsordnung zu vereinbaren, Beschwerden zu untersuchen und auf ihre Abstellung hinzuwirken. Und nicht zuletzt ist es ihre Aufgabe, bei Entlassungen mitzuwirken und mit dem Unternehmer Richtlinien über die Einstellung von Arbeitnehmern aufzustellen.

Schon diese wenigen Hinweise geben ein Bild von der Größe des Wirkungskreises der Betriebsvertretungsmitglieder. Eine Belegschaft, die es versäumt, sich einen Betriebsrat bzw. einen Betriebsobmann zu wählen, verzichtet damit von vornherein auf eine Reihe von wichtigen Rechten. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an den Entlassungsschutz. Deshalb muß dafür Sorge getragen werden, daß in allen Betrieben der Tabakindustrie, wo die Voraussetzungen des Betriebsrätegesetzes gegeben sind, Betriebsvertretungsmitglieder gewählt werden. Die Befürchtung, daß damit etwa Nachteile verbunden sein könnten, ist vollständig unbegründet. § 95 des Betriebsrätegesetzes schreibt ausdrücklich vor, daß es den Unternehmern und ihren

Vertretern untersagt ist, die Arbeiter und Angestellten in der Ausübung der sich aus dem Gesetz ergebenden Rechte zu beschränken oder sie deswegen zu benachteiligen. Vorzügliches Zuwiderhandeln wird mit Geldstrafe bis zu 2000 M oder mit Haft bestraft.

Bei der Aufstellung der Kandidatenlisten und der Wahl der Betriebsvertretungsmitglieder müssen natürlich die in der „Vertrainsperson“ Nr. 2 abgedruckten Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses beachtet werden. Danach erfolgt die Aufstellung der Vorschlagslisten in der Tabakindustrie durch den Deutschen Tabakarbeiter-Verband. Sind in einem Betriebe (z. B. in der Zigarettenindustrie) mehrere Gewerkschaften vertreten, so ist mit diesen eine Verständigung über die Kandidatenaufstellung herbeizuführen. Auf alle Fälle müssen die aufgestellten Kandidaten jedoch einer Gewerkschaft angehören, die dem ADGB oder dem AFA-Bund angeschlossen ist. Unorganisierte und falschorganisierte haben auf den freigewerkschaftlichen Listen nichts zu suchen. Ebensovornig dürfen sich Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes auf Listen vorschlagen lassen, die entgegen den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftskongresses zustande gekommen sind.

Daß im übrigen bei der Auswahl der Kandidaten berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung die ausschlaggebende Rolle zu spielen haben und nicht die Mitgliedschaft oder Nichtmitgliedschaft in einer politischen Partei, ist eine Selbstverständlichkeit. Ebenso selbstverständlich ist es, daß bei der Kandidatenaufstellung die verschiedenen Berufsgruppen im Betriebe zu berücksichtigen sind und nicht vergessen wird, weibliche Betriebsangehörige in genügender Zahl in Vorschlag zu bringen. Und nun überall ans Werk. Sorgt dafür, daß in der Tabakindustrie kein Betrieb ohne gesetzliche Betriebsvertretung bleibt. **Wählt freigewerkschaftliche Betriebsräte!**

Moderne Großbetriebe!

Wachsende Aufgaben der Betriebsräte in der Zigarettenindustrie

Von Peter Jacobs (Trier)

Nicht umsonst wird das 20. Jahrhundert das Zeitalter der Technik genannt, nicht umsonst ist das Wort Rationalisierung populärster wirtschaftlicher Begriff geworden. Unbekümmert um vorhandene Zustände wirtschaftlicher, politischer, gesellschaftlicher und kultureller Art, beginnt die Ära des jungen Kapitalismus mit seiner gigantischen revolutionären Umgestaltung bestehender Ordnung. Nichts hielt dem Drängen, den notwendigen Expansionsbestrebungen des Kapitalismus stand — und kaum ein Jahrhundert genügte, um der gesamten zivilisierten Welt den Stempel maßgeblicher Gestaltung durch die neue Wirtschaftsform aufzudrücken. Es bedarf wirklich keiner Befürwortung der materialistischen Geschichtsauffassung, die das Wirtschaftsleben als die Grundlage des gesamten Seins der Menschen ansieht, um zu erkennen, daß keine Phase des Lebens ohne Berücksichtigung der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt eine Gestaltung erfährt. Politische, kulturelle, soziale Zustände in ihrer stetig geänderten Form sind der markante Ausdruck dieser Behauptung. Braucht es einer weiteren Bestätigung dieser These, so sei nur an die heutige Kunststrichung erinnert, die, im innersten Wesen scheinbar fremd den realen Dingen des täglichen Lebens gegenüber, als Ausdruck ihres Seins die kühle

Sachlichkeit in den Vordergrund stellt, damit jedoch gleichzeitig ein typisches Merkmal kapitalistischer Wirtschaftsordnung präsentiert. Entgegen allem geschichtlichen Werden, das allmählich den Gang der Dinge beeinflussend sich zu behaupten wußte, könnte man der Ansicht werden, als ob das neue Jahrhundert in der Entwicklung sprunghaft etwas Neues geschaffen hätte, überginge man die Tatsache der entwicklungsgemäßen Bedingtheit des modernen Zeitalters. Mit der Nutzbarmachung der Dampfkraft, der Erfindung der Maschine, war gleichzeitig der erste Schritt einer bis dahin nie gekannten Umwälzung im gesamten Leben der Menschen gegeben. Bestimmten Gelehrten zum Trotz, die in der stetigen Vermehrung der Menschheit eine Verminderung der Ernährungsmöglichkeiten erblickten, stieg die Produktion in immer höherem Maße, so daß heute teilweise Schwierigkeiten im Wirtschaftsprozess infolge Ueberproduktion und der damit fehlenden Absatzmöglichkeiten zu verzeichnen sind.

Die Ablösung des bisherigen patriarchalischen, handwerklichen Wirtschaftssystems mit seinem bedingten, eng umgrenzten Bedarf an Arbeitskräften durch die junge Industrie führt zu einer ganz neuen Form gesellschaftlicher Zustände. In Massen benötigt die junge Industrie Arbeitskräfte aller Art, die Landflucht beginnt, der Handwerksbetrieb wird zum großen Teil lahmgelegt, der Typ des Industriearbeiters entwickelt sich, Proletariatsmassen sind geworden. Anfänglich, für damalige Verhältnisse gute Verdienstmöglichkeiten gebend, macht sich recht bald die Ausbeutungstendenz des Kapitalismus bemerkbar, dessen ureigenstes

Wesen nur in der Frage des Profits zu suchen ist. Ein mächtiger Konkurrenzkampf beginnt. Die rein individualistische Strömung „Freie Bahn dem Tüchtigen“ ist der Ausdruck dieser Zeit. Durch Senkung der Lebenshaltung des Industriearbeiters ist es immer wieder möglich, konkurrenzfähig zu bleiben. Als neue Klasse, wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich noch nicht erwacht, macht sich die Verelendungstendenz der Industriearbeiterschaft immer mehr bemerkbar. In immer größerem Maße vom Unternehmer abhängig, nimmt die soziale Lage der Arbeiterschaft immer bedenklichere Formen an. Seine wirtschaftliche und geistige Vormachtstellung benutzend, weiß der Kapitalismus den hier und da auftretenden Strömungen zur gewaltsamen Umänderung dieser Lage durch die Arbeiterschaft einen Damm entgegenzusetzen. Die politischen Machthaber, angewiesen auf die führenden Wirtschaftskreise, unterstützen diese Bestrebungen durch brutale politische Ausnahmezustände gegen die Arbeiterschaft. Politisch und gesellschaftlich rechtlos, führt die Arbeiterklasse einen ungeheuren Kampf um ihre elementarsten wirtschaftlichen Belange, dadurch der Möglichkeit beraubt, vorerst an weitere, notwendige Bildungsarbeit denken zu können. Inzwischen entwickelt sich der Kapitalismus zu einer gigantischen Größe und Ausdehnung.

Der politische Zusammenbruch bisher bestandener staatlicher Gewalten im Jahre 1918 bringt die Erfüllung der vorerstigen Ziele der modernen Arbeiterbewegung. Während es derselben jetzt erst möglich ist, ihre Aufgaben auf breiter Basis zu erfüllen, sieht sie sich einer betriebstechnischen Gestaltung gegenüber, die bisher ohne äußerlichen Zwang sich zu entwickeln in der Lage war. Gemaltig ist die Aufgabe, die mit einem Schlage den Gewerkschaften erwachsen ist. Ohne weiteres liegt die mangelhafte Ausgestaltung gesetzlicher Errungenschaften, insbesondere des Betriebsrätegesetzes, in der Tatsache der teilweisen Nichtbewältigung der gestellten Aufgaben begründet. Im selben Maße, wie der Einfluß der Arbeiterschaft im Staats- und Wirtschaftsleben infolge der gesteigerten Macht wuchs, im selben Maße vergrößerten sich ihre Aufgaben. In beispiellos kurzem Zeitraum entwickelte sich die Technik, drängte sie zum Großbetriebe, wurden die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu einer immer komplizierteren Wesensart. Mit am fühlbarsten trat dieses in der Zigarettenindustrie in Erscheinung. Unter Nutzbarmachung eines bis ins Feinste durchdachten Rationalisierungssystems vervollkommnete sich die Zigarettenindustrie in betriebstechnischer Hinsicht.

Nur den modernsten, mit allen technischen Errungenschaften ausgestatteten Betrieben war es möglich, sich zu behaupten. Unzählige Kleinbetriebe verschwanden, damit den Großbetrieb zum dominierenden Faktor erhebend. War es im bisherigen kleineren Betriebe durchaus möglich, den gesamten Produktionsprozeß zu verfolgen, so zeigte sich recht bald, daß die Bewältigung dieser Aufgabe in einem neuzeitlichen Zigarettenunternehmen glatt unmöglich ist. Genau so wie die Arbeitsteilung am laufenden Band erst durch eine gewisse Anzahl von Arbeitskräften eine Fertigstellung der zu produzierenden Ware erfährt, gleichlaufend damit, wenn auch nicht in demselben Maße, muß eine Arbeitsteilung der Betriebsvertretung in solchen Betrieben zur Tat werden, wenn die Betriebsvertretung als solche (selbst beim Vorhandensein der besten Absichten) in ihren Aufgaben für die Arbeiterschaft nicht zum toten Faktor herabgedrückt werden soll. Die Uebersichtsmöglichkeit über den gesamten Betrieb, bis tief hinab in seine kleinsten Einzelheiten, ist die Grundbedingung für die Tätigkeit eines Betriebsrates. Der, abgesehen von seinen sich stetig mehrenden Aufgaben auch für den einzelnen, diesem Hinweis die größtmögliche Beachtung schenken muß. Bereits in diesem Monat ist die Amtsdauer der einzelnen Betriebsräte abgelaufen. Bei der Neukonstituierung der Betriebsvertretungen müssen die neuerlichen Argumente in erster Linie berücksichtigt werden. Unbeschadet der bisher bemessenen Tüchtigkeit des einzelnen darf keine Abteilung des Betriebes, sofern sie von der notwendigen Bedeutung ist, bei der Vertretung im Betriebsrat unberücksichtigt bleiben. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die oben angegebene Weiterentwicklung in der Zigarettenindustrie noch lange kein Ende erreicht hat. Eine weitere durchgreifende Umgestaltung wird lediglich eine Frage ganz kurzer Zeit sein. Eine weitere Handhabung und systematische Bearbeitung des gesamten wirtschaftlichen Fragenkomplexes ist die unerläßliche Vorbedingung für die Neuorientierung in der Wirtschaft unter maßgeblichem Mitbestimmungsrecht auch der gesamten Produktionsverhältnisse durch die Arbeiterschaft. Genau so wie die heutige demokratische Staatsform als eine Etappe auf dem Wege des politischen Zieles durch die moderne Arbeiterbewegung bejaht wird, mit einer gleichzeitig gesteigerten Aufgabe der Arbeiterklasse im politischen Leben, die in der Folge große Schwierigkeiten zu überwinden hat (Koalitionspolitik), im selben Maße wächst die Aufgabe der Arbeiterschaft im Wirtschafts-

Leben, die in der Zigarettenindustrie mit am fühlbarsten in Erscheinung tritt. Nichts wäre unsinniger, als die Annahme zu hegen, daß die Erreichung der auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress gefaßten Beschlüsse und darüber hinaus ohne den tätigen Menschen möglich sei. Die sich entwickelnde neue Wirtschaftsform muß die voraussichtlichen Träger derselben im Gegensatz zur bisherigen politischen Umgestaltung gewappnet finden. Nur so wird es möglich sein, die moderne Arbeiterbewegung zum endgültigen Siege zu führen.

Angestelltenjugend und Gewerkschaft

In wenigen Tagen verlassen wieder tausende junger Menschen die Schule, um sich dem Berufsleben zuzuwenden. Neben den handwerklichen Berufen erhält auch der kaufmännische Beruf einen großen Zustrom aus den Reihen der Schulentlassenen. Vielen Eltern bereitet es schwere Sorge, für ihren Jungen oder für ihr Mädchen eine geeignete Lehrstelle zu finden. Waren die Sorgen der Eltern vor dem Eintritt ihres Kindes in die Welt der Arbeit auch sehr groß, so stellt sich bei ihnen leider allzu rasch eine gewisse Interessenlosigkeit ein. Auch diejenigen Väter, die jahrelang freigewerkschaftlich organisiert sind und den Wert der freigewerkschaftlichen Organisation für den Aufstieg der Arbeiterklasse erkannt haben, sind hiervon nicht ausgeschlossen. Wohl erkundigen sie sich hin und wieder nach den Ergebnissen des neuen Lehrlings oder Lehrmädchens im Betriebe und geben ihnen gute Ratschläge für ihr Verhalten dem Chef oder sonstigen Vorgesetzten gegenüber. Aber einen guten Rat vergessen sie ihren Kindern meist zu geben, einen Rat, den jeder Arbeiter seinem Kinde bei der Berufsaufnahme eigentlich ohne Aufforderung geben müßte, weil er damit nur dem Wohl seines Kindes dient. Es handelt sich um die Frage der gewerkschaftlichen Organisation.

Wir erleben immer wieder, daß sich Kinder von Arbeitereltern, die sich nicht um die gewerkschaftliche Organisation ihrer Kinder kümmern, solchen gewerkschaftlichen Verbänden anschließen, die wirtschaftlich und politisch reaktionär eingestellt und die erbittertsten Gegner des Aufstiegs der in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiterschaft sind. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHBV.), der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA.) und der Verband der weiblichen Angestellten (WvA.) wären längst zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, wenn die Arbeiterschaft ihre Pflicht bei der Beratung und Beeinflussung ihrer in kaufmännischen Berufen tätigen Jugend in bezug auf den Anschluß an eine freie Angestellten-Gewerkschaft erfüllen würde. Solange diese Beeinflussung nicht erfolgt, verstärkt die Arbeiterschaft die Front ihrer Gegner und erzieht so unbewußt ihre eigene Jugend zu ihren gewerkschaftlichen Feinden. Darum ergeht unser Mahnruf: Ueberlaßt eure Kinder nicht Angestelltenverbänden, die teilweise politisch-völkisch eingestellt und auf der Grundlage der Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebaut sind und damit die wirtschaftliche Lage und die daraus entstehenden Aufgaben der Arbeitnehmerschaft verkennen, sondern führt sie dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten (ZdA.) zu, der die Berufsorganisation aller fortschrittlichen männlichen und weiblichen kaufmännischen Angestellten und Bureaugehilfen ist. Er kämpft Seite an Seite mit den freien Arbeitergewerkschaften um den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse. Der Zentralverband der Angestellten hat fast überall Ortsgruppen, deren Adresse durch unsere Ortsverwaltung zu erfahren ist. Im Zweifelsfalle wende man sich an die Hauptgeschäftsstelle vom Zentralverband der Angestellten, Berlin SO 36, Oranienstraße 40/41.

Die Konsumgenossenschaften im Kalenderjahr 1928

Zur Kalenderjahresstatistik 1928 berichteten dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine 996 Genossenschaften, gegen 1026 im Vorjahre. Die Zahl der angeschlossenen Vereine ging größtenteils infolge Verschmelzungen, von 1086 auf 1025 zurück. Der Rückgang der Mitgliederzahl von 2 932 175 auf 2 896 756 beweist, daß der Ausschluß der Laufkundschaft aus der Inflationszeit unseligen Angedenkens bald beendet ist. Der Erlös aus eigener Verteilung erfuhr wieder eine starke Zunahme: von 882 Millionen Mark auf 1124 Millionen Mark. Je Mitglied stieg der Umsatz von 334,96 M auf 388,26 M. Die Geschäftsguthaben stiegen von 44,4 Millionen Mark auf 53 Millionen Mark, je Mitglied von 15,15 M auf 18,32 M, in Prozenten des Jahresumsatzes von 4,52 auf 4,72. Die Spareinlagen stiegen von 207 463 895 M auf 297 494 312 M, je Mitglied von 70,75 M auf 102,70 M.



Verbandsleben



6903 neue Mitglieder im Jahre 1928

Die Kassenverwaltung unseres Verbandes ist zurzeit eifrig bemüht, den Rechnungsabluß für das Jahr 1928 fertigzustellen. Ihre Arbeiten haben bereits solche Fortschritte gemacht, daß voraussichtlich in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“ die Jahresabrechnung veröffentlicht werden kann. Ueber die Entwicklung der Mitgliederbewegung ist es jedoch möglich, schon jetzt endgültige Angaben zu machen. Das Jahr 1928 schließt für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband mit einem Bestand von 78 282 Mitgliedern

ab, von denen 17 600 männliche und 60 682 weibliche sind. Das ist ein Zuwachs von 6903 Mitgliedern gegenüber dem Jahre 1927, das mit 71 379 Mitgliedern (16 612 männlichen und 54 767 weiblichen) abschloß. Wenn man berücksichtigt, daß die Nationalisierung sowohl in der Zigaretten- wie auch in der Rauchtabak-Industrie weitere Fortschritte gemacht hat und die Zigarrenindustrie in den letzten Monaten des Jahres unter einer immer größer werdenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu leiden hatte, ist das ein ganz annehmbarer Fortschritt, der noch dadurch an Bedeutung gewinnt, daß 5915 der gewonnenen neuen Mitglieder weiblich sind.

Der Dank für diese Aufwärtsentwicklung gebührt in erster Linie den Verbandsmitgliedern, die unermüdet die wenig angenehme Verbearbeit verrichtet haben und sich auch durch Mißerfolge nicht abschrecken ließen, weiterhin ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Möge ihr gutes Beispiel überall begeisterte Nachahmung finden, damit die aufsteigende Linie der Mitgliederbewegung im laufenden Jahre keine Unterbrechung erfährt. Ein im Organisationsleben unbefrittener Grundsatz lautet: Stillstand ist Rückgang! Deshalb darf an keiner Stelle versäumt werden, die wachsende Erkenntnis von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband auszuwerten. Die großen und vielseitigen Aufgaben, die der Tabakarbeiterschaft bevorstehen, können nur durch eine große und leistungsfähige Organisation gelöst werden.

Bei dieser Gelegenheit gleich einige Worte über die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Beitragsklassen. Von dem am Ende des Jahres 1928 vorhandenen Mitgliedern zahlten einen wöchentlichen Hauptkassenbeitrag von

35 §	5320 männliche,	35 088 weibliche,	40 408 insgesamt
50 §	4973 männliche,	16 306 weibliche,	21 279 insgesamt
65 §	3362 männliche,	8 205 weibliche,	11 567 insgesamt
85 §	2817 männliche,	1 053 weibliche,	3 870 insgesamt
110 §	1128 männliche,	30 weibliche,	1 158 insgesamt

Zus. 17600 männliche, 60 682 weibliche, 78 282 insgesamt

Demgegenüber zahlten am Jahresabluß 1927 einen wöchentlichen Verbandsbeitrag von

25 §	362 männliche,	4 472 weibliche,	4 834 insgesamt
40 §	6121 männliche,	33 072 weibliche,	39 193 insgesamt
55 §	4786 männliche,	12 489 weibliche,	17 275 insgesamt
75 §	2738 männliche,	4 554 weibliche,	7 292 insgesamt
100 §	2605 männliche,	180 weibliche,	2 785 insgesamt

Zus. 16612 männliche, 54 767 weibliche, 71 379 insgesamt

Ein Vergleich der Endzahlen vom Jahre 1928 mit denen vom Jahre 1927 ist nicht so ohne weiteres möglich, weil in der Zwischenzeit die 25-§-Beitragsklasse aufgehoben wurde und die Statutenänderung am 1. Oktober 1928 nicht nur die Einführung der Hauptkassenbeiträge, sondern auch eine neue Beitragsklasse mit 110 § Hauptkassenbeitrag brachte. Man muß also, um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, vom Jahresabluß 1927 die Mitglieder der Beitragsklassen von 25 und 40 § und vom Jahresabluß 1928 die Mitglieder mit einem Hauptkassenbeitrag von 85 und 110 § zusammenzählen.

Dann ergibt sich folgendes Bild:

	25 und 40 bzw. 35 §	55 bzw. 50 §	75 bzw. 65 §	100 bzw. 85 u. 110 §
1927	44 027	17 275	7 292	2785
1928	40 408	21 279	11 567	5028
	- 3 619	+ 4 004	+ 4 275	+ 2243

Dieser Vergleich läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sich die Beitragsleistung, soweit die Verteilung auf die einzelnen Klassen in Betracht kommt, merklich nach oben verschoben hat. Trotzdem gibt es immer noch Mitglieder, die den ihrem Verdienst entsprechenden Beitrag nicht zahlen. Diese zur richtigen Beitragszahlung anzuhalten, muß das Bestreben aller Verbandsfunktionäre sein. Auf diesem Gebiete führt nur Beharrlichkeit zum Ziel.

Konferenz- und Versammlungsberichte

Heilbronn. Am 17. Februar fand im Sporthaus in Bödingen die Jahreshauptversammlung statt. Vorsitzender Kollege **Palmer** gedachte zunächst der verstorbenen Kollegin **Pauline Mauch**, deren Andenken durch Erheben von den Sätzen geehrt wurde. Nach dem Verlesen des Protokolls der letzten Hauptversammlung, welches nicht beanstandet wurde, gab der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht und betonte, wenn das Jahr 1928 wohl auch kein Kampfsjahr war, so war es doch ein arbeitsreiches Jahr. Abgehalten wurden fünf Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung und elf Sitzungen der Ortsverwaltung. Die im November durchgeführte Werbewoche brachte uns einen Zuwachs von 170 neuen Mitgliedern, so daß die Zahlstelle heute 122 männliche und 704 weibliche Mitglieder buchen kann. Leider müsse man auch sagen, daß die im März 1928 eingetretene Lohnerhöhung von 12 Prozent sich ganz schlecht ausgewirkt habe, da die Fabrikanten leichte Zigaretten und dazu noch schwierigere Fassons einführen und ganz schlechtes Material zum Bearbeiten geben. Mit dem Wunsche, daß die in den nächsten Wochen beginnenden Tarifverhandlungen zugunsten der Arbeiterinnen und Arbeiter enden möchten, ermahnte Redner alle Kolleginnen und Kollegen, nach ihrem Verdienste Beiträge zu leisten, um so den kommenden Wochen mit aller Ruhe entgegengehen zu können. Dann gab Kollege **Bayer** den Kassenbericht vom Jahre 1928. Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betragen 14 384,58 M., die Gesamtausgaben 13 533,68 M., davon wurden 10 249,71 M. dem Vorstand überwiesen. Der Lokalkasse konnten 1813,86 M. zugeführt werden, so daß der Vermögensstand heute 4514,10 M. beträgt, welche zinstragend angelegt sind. Der Markenumsatz stieg vom Jahre 1927 mit 1994 verkauften Marken auf 28 190 Marken im Jahre 1928. Vorstands- und Kassenbericht wurden im allgemeinen gutgeheißen. Auf Antrag vom Kollegen **Bräunig** wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ein Antrag, den Lokalarbeitstag von 5 auf 10 § zu erhöhen, soll nach den Tarifverhandlungen nochmals behandelt werden. Gewählt wurden **Palmer** als 1., **Bayer** als 2., **Rössel** als 3. Bevollmächtigter, **Kern** und **Frau Wasserbüch** als Revisoren und **Bräunig** und **Banahaf** als Beisitzer. Kollege **Rössel** gab dann einen kurzen Bericht von der letzten Verbandsbeiratsitzung, über welche eine lebhaftige Aussprache stattfand. Es kam zum Ausdruck, daß ein fortwährendes Aufbauen der Löhne nach Prozenten nicht der richtige Weg sei. Vorstand und Beirat müßten darauf drängen, daß es allen Kolleginnen und Kollegen gegeben sei, einen Lohn zu verdienen, der es ermögliche, den Lebensunterhalt frischen zu können. Der Vorsitzende mahnte nochmals alle Kolleginnen und Kollegen, auch im neuen Jahre zu werben und zu agitieren, bis der letzte Tabakarbeiter dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband angehört und schloß dann die gut besuchte Hauptversammlung.

Leipzig. Am 16. Februar hielt die Sektion der Zigarrenfortierer ihre Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende Kollege **Lampe** erstattete den Jahresbericht und dankte den Funktionären für ihre rege Mitarbeit, die es möglich gemacht hat, daß sämtliche Sortierer organisiert sind. Die Differenzen mit den Fabrikanten sind örtlich zugunsten der Kollegen geregelt worden, nur die Schiedsprüche sind meistens zugunsten der Mitglieder ausgefallen. Sodann streifte der Vorsitzende die Kündigung des Reichs- und Bezirkstarifvertrages. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der Kollegen **Lampe**, **Königer** und **Leib** als Sektionsleitung. Zum Bezirkstarifabluß sprach Kollege **Königer**, dabei die Beitragsleistung in Bremen streifend und die eingereichten Forderungen erläuternd. Zum Bezirkstarif wurde folgender Antrag von ihm einstimmig angenommen: „Ein Reduzieren der Arbeitsleistungen, um eine Lohnerhöhung auszugleichen, darf nicht stattfinden.“ In der weiteren Aussprache wurden noch mehrere Anträge zum Bezirkstarif gestellt und die Methoden der Fabrikanten einer scharfen Kritik unterworfen. Es ist mal wieder an der Zeit, daß die Arbeiter den Herren zeigen, daß ihre Geduld zu Ende ist. Da heißt es für unseren Vorstand, werde hart, falle nicht auf die Täuschungen der Fabrikanten herein, sondern nehme die Interessen der Mitglieder so wahr, daß eine wesentliche Besserung unserer wirtschaftlichen Lage errungen wird. Den Fabrikanten möchten wir aber raten, spannt den Bogen nicht zu straff, er könnte sonst springen und jemand treffen, der es nicht verdient hat. Der Reichstarif ist dazu geschaffen, unsere Lebenshaltung zu verbessern, sonst hat er seinen Zweck verfehlt und ist haltlos geworden. Sollten die Fabrikanten ihre Substanz so stark in Anspruch genommen haben, wie

ke behaupten, ist es höchste Zeit, das Staatsmonopol einzuführen; für beide Teile wäre es der beste Weg. Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende noch bekannt, daß am 10. März eine Gaukonferenz und am 23. März unser Zahlstellen-Vergnügen stattfindet. Mit der Ermahnung, sich an den bevorstehenden Betriebsrätewahlen rege zu beteiligen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

München. Die diesjährige Jahresgeneralversammlung fand am 5. Februar im Kolosseum statt. Nach erfolgter Begrüßung der Mitglieder gab Kollege Lechler anlässlich des 10jährigen Wiederbestehens der Zahlstelle München einen umfassenden Rückblick über die Entwicklungs- und Kampfgeschichte derselben, die bis ins Jahr 1887, also in die schwere Zeit des Sozialistengesetzes, zurückreicht und ermahnt die Mitglieder in anfeindenden Worten, am großen Wert des weiteren Auf- und Ausbaues der Zahlstelle kraftvoll und opferwillig mitzuarbeiten. Ein für die Geschichte der Zahlstelle München ganz besonders ehrendes Blatt war die Tagung des 20. Verbandstages im August des vergangenen Jahres in München. Der Vorsitzende gedachte der 9 verstorbenen Mitglieder des Jahres 1928 mit ehrenden Worten. Die Versammlung hatte sich von den Sätzen erhoben. Den Kassen- und Tätigkeitsbericht erstattete Kollege Lechler. Der Kassenbericht, der den Mitgliedern schriftlich vorlag, wies für die Hauptkasse an Gesamteinnahmen 33 625,22 Mark aus, dem eine Gesamtausgabe von 32 690,52 M gegenüberstand. An Unterstützungen wurden 4095,20 M ausbezahlt und 23 695,85 M an den Vorstand überwiesen. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen insgesamt 17 417,41 M, die Ausgaben derselben 14 599,96 M, so daß die Lokalkasse am Schlusse des Jahres einen Kassenbestand von 2817,41 M ausweist. Die Beschäftigungslage in der Zigarettenindustrie am Orte war auch im vergangenen Jahre unverändert ungünstig, so daß die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sehr erheblich war. Trotzdem gelang es der eifrigen Werbetätigkeit unserer Funktionäre, insgesamt 468 Neuaufnahmen zu erzielen. Dieser Zugang konnte sich jedoch infolge der dauernden Fluktuation zahlenmäßig nicht auswirken, so daß wir am Jahreschluss nur eine faktische Zunahme von 67 Mitgliedern feststellen konnten. Der Berichterstatter gibt zusammenfassend einen allgemeinen Überblick über die gegenwärtige Lage der Tabakindustrie und deren Entwicklung und geht im besonderen auf die Ursachen der schlechten Arbeitsmarktlage am Orte ein. Allen Widerständen zum Trotz konnten jedoch die tariflichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch im vergangenen Jahre für alle Branchen verbessert werden. In der Zigarettenindustrie wurde eine Lohnbewegung mit gutem Erfolg abgeschlossen sowie auch einige Akkordlohn-Neuregelungen zugunsten der Arbeiterschaft getroffen. Der Aktiopoien des Großkampfes von 1927 war für die Zigarettenarbeiter eine Lohnerhöhung von 12 Prozent ab 1. März und eine Erhöhung des Ferienanspruchs um zwei Tage. Auch in der Rauchtakabranche konnte in bewährter generaler Tarifpolitik eine Erhöhung der Löhne um 8 Prozent vom 1. November an erzielt werden. Eine Reihe von Tarif- und Entlastungsstreitigkeiten konnte auf dem Wege des Vergleichs oder über das Arbeitsgericht fast reiflos zugunsten der Mitglieder beigelegt werden. Der bevorstehende Ablauf des Reichstarifvertrages für die Zigarettenherstellung und des Ortslohnvertrages für die Zigarettenindustrie erfordert eine intensive Werbetätigkeit in den Betrieben, um durch unseren zahlenmäßigen Machtverlust einen günstigen Neuabschluss der Verträge zu ermöglichen. Noch mehr als bisher muß die Tätigkeit der Funktionäre das Verständnis und die rege Mithilfe der Mitglieder in den Betrieben erwecken. Auch die Bildungseinrichtungen am Orte müssen ein erhöhtes Interesse der Mitglieder finden. Soll unsere Agitation von Erfolg sein, so muß sich der einzelne mit dem nötigen geistigen Rüstzeug arbeitsrechtlicher, wirtschaftlicher und gewerkschaftspolitischer Kenntnisse versehen. In zahlreichen Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen hatten die Mitglieder die Möglichkeit, gewerkschaftsdemokratisch an allen Aufgaben und Fragen des Verbandes mitzubedenken und zu bestimmen. Redner dankte im Namen der Ortsverwaltung für alle Mitarbeit der Funktionäre und Mitglieder und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das kommende Geschäftsjahr ein Jahr des Aufstiegs und Erfolges für die deutsche Tabakarbeiterschaft und ihre Organisation sein möge. Der Bericht fand den einhelligen Beifall der Versammlung. Eine Aussprache wurde nicht gewünscht und der Verwaltung einstimmig die Entlastung erteilt. Die bisherige Ortsverwaltung wurde mit allen Stimmen wiedergewählt. Kollege Lechler gab der Versammlung hierauf zu wissen, daß von der Ortsverwaltung an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes in München der Antrag ergangen ist, gemäß des Erlasses des Reichsarbeitsministers vom 28. Januar 1929 die Tabakarbeiter für den Bezirk München zur Krisenfürsorge zuzulassen. Der Antrag wurde von der Versammlung für gut geheißen und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Entscheidung antragsgemäß erfolgt. Mit dem Aufruf, schon jetzt die Vorbereitungen zu den kommenden Betriebsratswahlen zu treffen und für die Stärkung der Organisation zu wirken, schloß Kollege R a u t die Versammlung. — Eine daran anschließende Tanzunterhaltung für unsere Mitglieder und deren Angehörige sollte auch dem munteren Frohsinn den Tribut und hielt die Mitglieder noch mehrere Stunden in wahrhaft kollegialer Geselligkeit zusammen.

Planitz-Zwida. In der am 15. Februar in „Fr. Schädlings Restaurant“, Planitz-N. abgehaltenen Jahresversammlung, welche gut besucht war, hielt unser Gauleiter Kollege C l e m e n t (Dresden) ein treffliches Referat über die Betriebsrätewahlen und deren Bedeutung. Derselbe ging vom Tarifvertrag aus und wies darauf hin, daß es gerade den Betriebsräten obliegt, dafür zu sorgen, daß der Tarifvertrag konsequent in den Betrieben durchgeführt wird, da allenthalben Unternehmer versuchen, denselben zu durchbrechen. Des weiteren erläuterte Redner den Vorgang bei den Betriebsrätewahlen und forderte zum Schluß auf, sich

reiflos daran zu beteiligen. Anschließend erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung, bei welcher Kollege Goldhahn als 1. Bevollmächtigter wiedergewählt wurde. Außerdem wurde er, da sich keine Kollegin als 2. Bevollmächtigte gewinnen ließ, noch mit diesen Geschäften betraut. Als Revisoren wurden die Kolleginnen Dejer und Riedel wieder-, sowie Kollege Weber neu hinzugewählt. Unter Punkt Verschiedenes wurde u. a. ein Vorschlag des Kollegen G o l d h a h n, dieses Jahr einen Ausflug nach Schöned zu unternehmen, einstimmig zum Beschluß erhoben. Nachdem der Vorsitzende noch einmal auf die bevorstehende Betriebsrätewahl hingewiesen hatte, fand die Versammlung ihr Ende. — ha.

Bekanntmachungen

Am 9. März ist der 10. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 25. Februar. Altlußheim 200.—, Hohenhausen 200.—.
 - 26. Blotho 450.—.
 - 27. Wießen 300.—, Bünde 1512.—, Neuhaus a. d. Elbe 74.60, Uden nach 50.—, Dorck 200.—, Barntrop 68.50, Schöned 320.—, Kleebronn 90.—.
 - 28. Waldorf 500.—, Elbing 2500.—, Heidelberg 1500.—, Hockenheim 500.—, Stuttgart 54.30, Kaiserslautern 6.55, Neumarkt i. Schl. 100.—, Spenge 250.—, Berlin 800.—.
- Bremen, 5. März 1929. J. R o h n.

Ausgeschlossen nach § 14 Abs. 2 des Statuts

wurde Frau Gertrud Loewy, geb. 3. 1. 04, eingetreten am 11. 6. 28. Berlin (86/4. 29).

Gestorben sind:

- Die Wickelmacherin Hedwig Kirsten, 19 Jahr alt (Zahlstelle Elbing).
- Am 4. Februar die Kollegin Liesbeth Bärenreuter, 19 Jahre alt (Zahlstelle Gera).
- Am 11. Februar der Zigarrenarbeiter Heinrich Matjens (Altona), 72 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 11. Februar die Zigarrenarbeiterin Charlotte Kleemann (Blasheim), 54 Jahre alt (Zahlstelle Lübeck).
- Am 12. Februar der Zigarrenarbeiter Gustav Leonhardt, 71 Jahre alt (Zahlstelle Schöned).
- Am 13. Februar der Zigarrenarbeiter Ludwig Lena 46 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 13. Februar der Kollege Josef Sattelberger, 47 Jahre alt (Zahlstelle München).
- Am 14. Februar die Wickelmacherin Henriette Greten, 65 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).
- Am 15. Februar der Zigarrenarbeiter Diederich Hartung, 54 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).
- Am 16. Februar der Rauchtakabspinner Richard Schröder, 67 Jahre alt (Zahlstelle Danzig).
- Am 16. Februar der Zigarrenarbeiter Friedrich Ohlhoff, 80 Jahre alt (Zahlstelle Bernburg).
- Am 17. Februar die Kollegin Luise Präßner, 54 Jahre alt (Zahlstelle Brate i. L.).

Ehre ihrem Andenken!

Unserm alten Kämpfer, dem Sortierer

Theodor Weyland

aus Hamburg, zu seinem

65. Geburtstag

die herzlichste Gratulation!

Das Sortiererkollegium
der GGG. in Hockenheim.

Unserm Kollegen

Karl Sandgaard

die besten Glückwünsche zu seinem
am 4. März stattgefundenen

45jähr. Verbandsjubiläum

Die Mitglieder
der Zahlstelle Lübeck.

Nachruf

Am 26. Februar 1929 verstarb nach kurzer Krankheit unsere langjähr. Koll.

Luise Zimmermann

geb. Propst im Alter von 29 Jahren.

Wir verlieren in der Verschiedenen eine treue Mitkämpferin für die proletarische Sache.

Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Emmendingen



130 verschied. **Proletarische Platten**

einzig in der Art - Sprechapp. große Ausw., Genossen verl. sofort Verzeichn. gratis. Musik-Steinhaus, Weimar Th 525



Billige böhmische Bettfedern

zur reine und lichte Sorten
Ein Kilo graue, geschlossene 5 M,
naßweiß 4 M, weiße 5 M, bessere
7 M, daunenweich 8 M, 10 M,
beste Sorte 12 M, 14 M, weiße
ungeschlossen 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M.
Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme.
Muster frei Umlausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsels Lobes Nr. 245
bei Pilsen Böhmen.

Die Löhne in Rußland

Die Lohnfrage gehört an sich zu denjenigen des sozialen Lebens, die heftig umstritten sind. Dies gilt besonders für die Löhne in Rußland, weil hier Lohnhöhe und Kaufkraft ein Prüfstein für die praktische Verwirklichung der Ideen des Kommunismus sind. Die Beschaffung von Unterlagen über die Löhne in Rußland ist sehr schwierig. Die Mitteilungen sind von der Parteilichkeit und Meinungen so verzerrt, daß man sich immer am besten an die Angaben hält, die in den amtlichen russischen Zeitschriften enthalten sind, oder an Aussagen, die auf den russischen Gewerkschaftskongressen selbst gemacht werden, wobei natürlich gewisse Vorbehalte notwendig sind. Bevor diese Mitteilungen jedoch bei den gegenwärtigen Verhältnissen bekannt werden, verstreicht immer ein gewisser Zeitraum. Es läßt sich daher nicht vermeiden, daß sichere Unterlagen immer einige Monate zurückliegen. Der Generalkongress der Gewerkschaften behandelte auf seiner 5. Tagung im Oktober v. J. in Moskau die Lohnpolitik; hier wurde ausgeführt:

Es bestand seit Jahren ein Mißverhältnis zwischen den Tariflöhnen und dem tatsächlich gezahlten Lohn. Dieser Unterschied ist ausgeglichen worden. Die Tariflöhne, die nur 65 Prozent der tatsächlichen Verdienste während der Zeit 1926/27 betragen, machten jedoch 1927/28 74 Prozent aus. Akkordarbeiter (etwa zwei Drittel aller Industriearbeiter) verdienen 1926/27 annähernd 175 Prozent, 1927/28 jedoch nur 144 Prozent des Tariflohns.

Der Unterschied zwischen den Löhnen der gelernten und der ungelerten Arbeiter hat sich gleichfalls vermindert. Zurzeit ist das Verhältnis 3 : 1. Schätzungsweise haben nur 8,5 Prozent der Industriearbeiter (gegenüber 10,6 Prozent 1926/27) einen Lohn, der unter dem halben Durchschnittslohn liegt, und 48 Prozent einen Lohn in Höhe von 50—100 Prozent des Durchschnittslohns.

In den einzelnen Industriezweigen ist die Lohnhöhe außerordentlich verschieden. Während z. B. der Monatsdurchschnittslohn für alle Industrien 70 Rubel beträgt, haben die Arbeiter der Gummiindustrie, die am besten bezahlt werden, einen Verdienst von monatlich 101 Rubel. Die Nahrungsmittelindustrie gehört auch zu den Industrien, die die verhältnismäßig höchsten, und die Textilindustrie zu denen, die die verhältnismäßig niedrigsten Löhne zahlt. Nicht außer acht gelassen werden darf der Umstand, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten — in Leningrad betrug diese etwa 10 Prozent — den Realwert der Löhne herabsetzt.

In der Bauindustrie haben sich seit 1925 die Löhne wie folgt bewegt: Der Tagesdurchschnitt in Tschernoweg-Rubel betrug im Juli 1926: 2,25, im Juli 1927: 3,18 und im Oktober 1927: 3,44. Je nach der Saison schwanken die Löhne um 25 bis 30 Prozent. 79 Prozent der Bauarbeiter arbeiten in Akkord: 95 Prozent unterstehen Tarifverträgen. Sehr niedrig sind die Löhne in der Landwirtschaft. Der Durchschnitt beträgt 21—22 Rubel monatlich für Männer und 18 Rubel für Frauen einschließlich der Kost. Außerdem beschäftigen die Bauern in wachsendem Maße Tagelöhner, da sie Arbeitsverträge nicht unterzeichnen wollen. Es ist nicht ungewöhnlich, daß ein Tagelöhner tatsächlich ein ständiger Arbeiter ist.

Der monatliche Durchschnittslohn eines Bergarbeiters im Donezrevier betrug im Jahre 1928 58,7 Rubel und der eines Arbeiters in den Ölgebieten bei Baku 75 Rubel. Das Einkommen der Arbeiter sollte 1928 80 Prozent des Standes von 1913 erreicht haben. Auch bei den Bergarbeitern hat sich das Verhältnis zwischen den Löhnen der ungelerten und denen der gelernten Arbeiter verändert. Noch vor einigen Jahren war das Verhältnis 1 : 7, während es jetzt 1 : 3 bzw. 4 ist.

Der 8. Kongress der russischen Textilarbeitergewerkschaft, der im April 1928 in Moskau stattfand, hat sich ebenfalls mit Lohnfragen beschäftigt. Er war der Ansicht, daß noch zu große Unterschiede zwischen den Löhnen derselben Arbeitergruppen in verschiedenen Textilbetrieben bestehen, so daß die gelernten Arbeiter und die Vorarbeiter von einer Fabrik in die andere gehen, um eine höhere Bezahlung zu erhalten. Dadurch leidet naturgemäß die Leistungsfähigkeit der Betriebe. Es wurde dann auf dem Kongress beschlossen, eine neue Lohnskala mit weniger Lohngruppen aufzustellen. Die gelernten Arbeiter waren aber mit der neuen Lohnskala nicht einverstanden, da zwar die Löhne der un- und angelernten Arbeiter dadurch etwas erhöht, die Löhne der gelernten Arbeiter aber teilweise sogar herabgesetzt wurden. Die Vertreter betonten, daß die ständige Intensivierung der Arbeit die Betriebsanlagen sehr schnell abnutze. Der durchschnittliche Monatslohn in der Textilindustrie betrug nach Feststellung des Zentralkomitees 32 Prozent mehr als 1913.

Interessant ist die Feststellung der Gewerkschaften, daß sie bei Lohnverhandlungen immer auf den Widerstand der Wirtschaftsorgane stoßen, denen sie „Mangel an sozialem Verständnis“ vorwerfen.

Das Unerfetzliche

Skizze von Hedda Wagner

Ein Kreis von Freunden saß beisammen. Das Gespräch ging hin und zurück. Kam auf das Wechselspiel des Lebens: Hoffen und Enttäuschung, Wünschen und Entfagen, Gewinnen und Verlieren. Und ein kluger Mann, den das Schicksal hart geschmiebet hatte, warf hin, man solle sich doch nichts allzusehr zu Herzen nehmen; und übrigens gäbe es keine unerfetzlichen Güter.

Dem widersprachen die anderen. Und jeder meinte ein Beispiel anführen zu können von einem Gut, das unerfetzlich sei.

Jene, die Besitz, wie Reichtum und Macht, anführten, war am leichtesten abgetan; denn was Dame Fortuna einem in den Schoß wirft und wieder wegnimmt, kann sie auch wiederbringen. Und auch verlorene Macht zwingt sich kühner Mut und Glück aufs neue heran! Und kann nicht ein lebenskluger Geist die Ruhe der Seele höher einschätzen, als den Rausch des Goldes; oder ein wahrhaft Weiser den Frieden, die Eintönigkeit mit sich selber, die oft dem am fernsten ist, der sich im Besitze der Macht brühet?!

Man kam überein, daß Reichtum und Macht durchaus nicht unerfetzlich seien.

Aber die Liebe? — warf einer hin.

Als ob es neben dieser Rose, die die giftigsten Dornen trägt, nicht tausend andere Blumen im Garten der Freude gäbe? Und überdies blüht sie an allen Ecken und Enden in jedem neuen Jahr im Kreislauf der Jahrzehnte. . .

Auch sie ist nichts Unerfetzliches.

„Unerfetzlich ist die Ehre!“ rief leuchtenden Blicks der Stolze. Aber das kluge Haupt der Gesellschaft verwies ihn darauf, daß

wahre Ehre nie zu verlieren ist, insofern sie nicht in der Meinung anderer von uns besteht, sondern in jener berechtigten Selbstachtung, die der Rechtschaffene unverlierbar besitzt — auch in der Nacht des Kerkers! Und auch für verfolgte, verleumdete Unschuld und für die gedemütigte Tugend kommt der Tag, wo ihr ein Rächer ersteht. . .

Also schieden sie die Ehre aus ihren Betrachtungen aus und nannte einer noch die Gesundheit. Ist es nicht sie, die wahrhaft unerfetzlich ist?

Doch auch hier hatte der Kluge etwas einzuwenden.

Verlorene Gesundheit kann wieder erworben werden — schwer zwar und mühselig oft —, aber nie braucht der Mensch die Hoffnung sinken zu lassen. Und es ist möglich, daß ein Mensch eine Kraft von der Natur geschenkt bekommt, die ihn auch körperliches Leid mit Gelassenheit ertragen läßt und in sich dennoch Quellen des Trostes findet.

„Es sind also, wenn wir unser Gespräch zum Schluß zusammenfassen“, sagte der kluge Mann, „alle Güter insofern erfetzlich, als sie teils ihrer Wesenheit nach durch andere vertreten, teils durch bessere Einsicht als gar wohl entbehrlich erkannt werden können. Seid ihr damit einverstanden?“

Alle nickten Bejahung. Nur einer unter ihnen nicht — einer, den sie ganz heimlich in ihren Herzen so als eine Art Toren ansahen und der sich auch an der Wechselrede nicht beteiligt hatte, ein Dichter. . .

Der kluge Mann sah ihn etwas an. — „Du scheinst nicht mit uns einverstanden zu sein.“ sprach er. „Weißt du trotz allem etwas Unerfetzliches zu nennen?“

„Eine Mutter. . .“ sagte der Dichter.

Der Schutz der Mutterschaft

Der Schutz der Mutterschaft ist in der Reichsverfassung „verankert“. Wie aber steht es tatsächlich mit der Sorge für die erwerbstätige Schwangere und Wöchnerin? Auf Grund des Gesetzes vom 16. Juli 1927 hat die gewerbliche Arbeiterin und Angestellte das Recht, sechs Wochen vor der Entbindung die Arbeit niederzulegen. Sechs Wochen nach der Entbindung ist ihr Beschäftigung unterlagt. Während dieser Zeit ist sie gegen Kündigung geschützt. Gleichzeitig gewährt die Krankenkasse Wochengeld und für zwölf Wochen nach der Niederkunft Stillgeld. Trotz dieser Bestimmungen aber steht insbesondere der Schutz der Schwangeren meist nur auf dem Papier, weil das Wochengeld, in der Regel die Hälfte des Grundlohnes, zum Leben nicht ausreicht. Nach einer Soeben vom Hauptverband deutscher Krankenkassen gefertigten Erhebung haben knapp 15 Prozent der erfassten Schwangeren sechs bzw. mehr als vier Wochen vor der Entbindung die Arbeit niedergelegt und Wochengeld bezogen. Etwa 24½ Prozent haben vier Wochen vor der Entbindung mit dem Bezug des Wochengeldes zu arbeiten aufgehört. Ueber 60 Prozent haben auch in den letzten vier Wochen noch gearbeitet. Wenn man bedenkt, daß unter der Zahl derjenigen, die verhältnismäßig frühzeitig ihre Arbeit niedergelegt haben, sich zweifellos auch freiwillig versicherte, nicht Berufstätige und Erwerbslose befinden, dann sprechen diese Zahlen für sich. Sie sprechen zu jedem, der die erschöpfende Eintönigkeit und nervenzerrüttende Hast der modernen Fabrikarbeit kennt, wie sie für die Mehrzahl der Arbeiterinnen in Frage kommt. Die gesundheitlichen Folgen mangelnder Schonung in der Schwangerschaft: Häufigkeit der Fehl- und Frühgeburten, Erschwerungen der Entbindungen, Unterleibsleiden, körperliche und seelische Erschöpfung und vorzeitiger Tod bei vielen Frauen sind von sachkundigen Ärzten festgestellt. (Vgl. Verhandlungen des Preussischen Landesgesundheitsrates Nr. 12.)

Allgemein anerkannt ist auch die Bedeutung der mütterlichen Pflege für das Neugeborene, vor allem die lebenserhaltende Wirkung der natürlichen Ernährung. Es darf daher als erfreuliche Tatsache gebucht werden, daß nach der erwähnten Statistik fast 93 Prozent der versicherten Wöchnerinnen ihre Kleinen gestillt haben. Fast 25 Prozent allerdings haben das Stillen vor der 12. Woche, wahrscheinlich bei Wiederaufnahme der Arbeit, eingestellt. Es erscheint daher wichtig, durch weitgehende Aufklärung und besondere Hilfsmaßnahmen (z. B. Einrichtung von Wohnheimen für ledige Mütter) das teilweise Stillen (am Morgen und Abend, die sogenannte Bi-Milch-Ernährung) der arbeitenden Mütter zu fördern. Mit dem Absinken der Geburtenzahl steigt der Wert jedes Neugeborenen, wächst die Bedeutung der Mutterschaft. Der Ausbau des Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzes nicht nur auf dem Papier, sondern in der Wirklichkeit des Lebens wird zur zwingenden Aufgabe all derer, denen die Volksgesundheitspflege anvertraut ist. Ob er durch

die Erreiterung der Krankenkassenleistungen erfolgt (nach den bekannten Vorschlägen von Helmut Lehmann auf dem Breslauer Krankenkassentag) oder durch staatliche Beihilfen, wie sie bereits von einigen Ländern (Sachsen, Braunschweig) gewährt werden, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, die hier nicht erörtert werden soll. Die Hauptsache ist und bleibt, durch ausreichende wirtschaftliche Sicherung die werdende junge Mutter vor Schädigungen durch die Berufsarbeit zu schützen und soweit als irgend möglich wieder eine Freude an der Mutterschaft zu erwecken.

Rüche und Kultur

Rund 12 Millionen Frauen sind heute erwerbstätig, und von diesen 12 Millionen erwerbstätigen Frauen sind zwei Fünftel verheiratet. Millionen Frauen sind also der doppelten, ja dreifachen Belastung der Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kindererziehung ausgesetzt.

Da ist die Erleichterung der Haushaltsarbeit eine überaus bedeutsame soziale Aufgabe. Mit der praktischen Einfügung der Rüche in die Wohnung und der kleinen Abmessung der Wege, die da täglich zwischen Herd und Schrank und Tisch und Wasserleitung zurückzulegen sind, ist es nicht getan. Ohne die Technisierung des Haushalts wird die Erleichterung nicht errungen.

Zur Technisierung aber gehört elektrische Kraft, und die ist teuer, und für sie sind die Einkommensverhältnisse, wie wir sie in Deutschland haben, zu schlecht.

In Amerika, wo andere Einkommensverhältnisse andere Kulturverhältnisse ermöglichen, da hat auch die elektrische Kraft trotz hoher Tarife ganz anders als bei uns ihren Einzug in die Wohnung gehalten.

In Minneapolis hat man die Verbraucher elektrischer Kraft in fünf Gruppen eingeteilt, und zwar nach dem Einkommen, und da hat man gefunden, daß in dieser amerikanischen Stadt selbst in der ärmsten fünften Gruppe noch jede vierte Familie einen elektrischen Staubsauger hat, und daß unter 100 Familien dieser ärmsten fünften Gruppe 81 sind, die ein elektrisches Plättchen besitzen. So haben auch elektrische Maschinen für die Rüche und die elektrische Nähmaschine dort eine ganz andere Verbreitung als bei uns in Deutschland.

Weil unsere Einkommensverhältnisse noch so ungenügend sind, darum sind täglich bei uns 19 Millionen hauswirtschaftlich beschäftigte Menschen in Arbeit tätig, die durch elektrische Kraft wesentlich erleichtert werden kann, und unter diesen 19 Millionen hauswirtschaftlich beschäftigten Menschen sind rund 5 Millionen Frauen, die außerdem noch erwerbstätig sind. Und weil unsere Einkommensverhältnisse noch so ungenügend sind, darum werden Millionen von Arbeitsstunden im deutschen Volke täglich für vermeidbare Arbeit geopfert. Millionen von Arbeitsstunden, die für andere Aufgaben, für Bildung, für Erziehung der Kinder, für Erholung und Naturgenuß zu verwenden sind.

Nur aus dem Sozialen heraus kann die Kultur wachsen.

Die Börsen-Spekulanten

Von Roger Régis

Herr Rogne, der Untersuchungsrichter, beschäftigt sich eifrig mit der Pflege seiner Nägel, als der Angeklagte hereingeführt wurde, diese Beschäftigung sollte dazu dienen, seine Aufregung zu bemaßeln. Er war tatsächlich erregt — mehr als jemals während seiner ganzen Karriere. Kein Wunder! Bisher in einem Provinznest amtierend, hatte Herr Rogne nur Leute zu verhören gehabt, die Hühnerdiebstähle begangen, im bezetzten Zustand etwas Ungehöriges angestellt, sich geprügelt oder die Nachtruhe gestört hatten. Und nun war ihm das Glück in ganz unerhörter Weise günstig gewesen! Einer seiner Vettern war Deputierter geworden, und da hatte man sich im Ministerium des vergessenen Herrn Rogne erinnert. Ganz in der Stille, im Sandumdrehen war er Untersuchungsrichter in Paris geworden! Nun er das erste Aktenbündel in der Hand hielt und den ersten Angeklagten vor sich hintreten sah, lastete die Bürde seines Richteramts ganz besonders schwer auf seinen Schultern. Der vor ihm Erschienene, eine Börsengröße, war ein Mann, der ein luxuriöses Leben geführt und vor dem noch gestern alle Bekannten ihre Hüte tief gezogen hatten.

Herr Rogne ließ endlich seine Nagelfeile fallen, rückte den Klemmer zurecht, strich durch seinen Bart, blickte auf und sagte im schroffsten Ton, der ihm im Augenblick zu Gebote stand:

„Sehen Sie sich! Sie sind Herr Celestin Moufflette, 54 Jahre, Bankier, wohnhaft in der Rue de Chateaudun Nr. 57! Stimmt das? Schön. Ich danke!“

Herr Moufflette erwiderte mit lächelnder Miene, als befände er sich in einem Salon:

„Ich freue mich ungemein, Ihre Bekanntschaft zu machen. Während meiner schon langjährigen Tätigkeit bin ich öfters in Berührung mit manchem Ihrer Herren Kollegen gekommen. Ich wage zu hoffen, daß sich auch unsere Beziehungen auf das angenehmste gestalten werden.“

Herr Rogne brachte diese Unbefangenheit aus dem Konzept. „Haben Sie noch keinen Anwalt?“ fragte er kurz.

„Nein!“ entgegnete der andere, sein Lächeln beibehaltend. „Ich glaube, das ist überflüssig. Wenn wir uns einige Augenblicke unterhalten haben, werden Sie, dessen bin ich sicher, die Haltlosigkeit der gegen mich erhobenen Vorwürfe einsehen und die Einstellung des Verfahrens verfügen.“

„Gestatten Sie! Ihr Fall liegt schlimm genug. Die Anklage fußt auf Verstöße gegen das Gesetz über die „Gesellschaften, Vertrauensbrüche, Irreführungen, betrügerische Handlungen werden Ihnen zur Last gelegt.“

„Was beweist das? Der anständigste Mensch kann angeklagt werden.“ Vor soviel Sicherheit verlor Herr Rogne ein wenig den Kopf. Er brauste auf:

„Schließlich behaupten Sie auch noch, daß Ihre Sozietät zur Gewinnung von Radium am Nordpol ein ernstzunehmendes Geschäft ist?“

„Behaupte ich natürlich. Es wird sich Ihrer Kenntnis nicht entziehen, daß Radium ein ebenso seltenes wie kostbares Metall ist. Die bekanntesten Fundstätten erschöpften sich. Ich wollte nach neuen fahnden. Ein mir befreundeter Ingenieur hatte Radium im Norden Grönlands entdeckt. Das Unternehmen war so lockend, daß die Subskribenten zur Emission in Masse herbeiströmten.“

Im Rundfunk über Löhne und Kaufkraft

Die Rundfunkhörer waren kürzlich Zeuge einer interessanten Aussprache über das Problem „Löhne, Kaufkraft und Konjunktur“. Den einleitenden Vortrag hielt der Präsident des Statistischen Reichsamts, Dr. Wagemann; als zweiter Redner sprach Dr. Lemmer von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, und als letzter kam unser Kollege Fritz Tarnow zum Wort.

Professor Wagemann bewegte sich in dem Rahmen des Einseitigen und Andernteils, oder wie der Berliner sagt: Mamppe halb und halb. Der Vortrag Dr. Lemmers brachte nach keiner Richtung hin neue Gedanken. Wie der selige Eugen Richter das Beispiel von der Spar-Agnes bis zum Ueberdruß vorzuführen pflegte, so ging Dr. Lemmer von dem Angestellten aus, der ein Dienstmädchen beschäftigt. Wenn das Dienstmädchen mehr Lohn erhält, so verringert sich in gleichem Maße das Einkommen des besagten Dienstherrn. Löhne müssen einkalkuliert werden. Und wenn an irgendeiner Stelle die Mehraufwendung für Lohn nicht eingespart werden kann, so findet entweder eine Aufzehrung des Gewinnes statt, oder der Preis des Produkts muß erhöht werden. Da keine Unternehmung auf die Dauer ohne Gewinn zu arbeiten vermag, so ist eine Preiserhöhung nicht zu umgehen. Die Einsparung von Mehrausgaben für Lohn führt dazu, daß der Unternehmer seine Arbeitsweise verbessert. Somit werden Arbeitskräfte gespart und die Arbeitslosigkeit vermehrt. Deutschland ist gezwungen zu exportieren. Die Ausfuhr von Industriewaren ist jedoch nur möglich, wenn sie billig auf den Weltmarkt angeboten werden können. Hohe Löhne sind also nicht unter allen Umständen der Weisheit letzter Schluß, sondern sie können zur Störung des Wirtschaftslebens führen.

Mit gewohnter Frische trug der Kollege Tarnow anschließend daran seine Anschauungen vor. Treffend widerlegte er die Forderung, daß Deutschland mehr Industriewaren ausführen müsse. Jedes Land wehrt sich gegen die Einfuhr, so daß es der deutschen Industrie immer schwerer wird, auf diesem Planeten ihre überschüssige Produktion absetzen zu können. Der Produktionsapparat wird nur zum Teil ausgenutzt. Sofern auch nur ein Leerlauf von 10 bis 20 v. H. zu verzeichnen ist, ist dies für die Rentabilität der Unternehmungen entscheidend. Gelingt es durch Mehrabsatz die Käder der Wirtschaft mit der vollen Tourenzahl laufen zu lassen, so wird nicht nur die Rentabilität gehoben, sondern zur Bildung eines allgemeinen Wohlstandes beigetragen. Da ein Mehrabsatz im Auslande nur im geringen Maße möglich ist, muß der Binnenmarkt gestärkt werden. Die Technik hat im Bunde mit der Wissenschaft geradezu Wunderdinge vollbracht. Eine Vermehrung der produktiven Kräfte ist überall festzustellen. Der Lebenspielraum wächst viel schneller als die Möglichkeit, davon Gebrauch zu machen. Somit ist heute folgender Zustand in Deutschland zu verzeichnen: Ueberfluß an unausgenutzten Produktionskräften auf der einen und weitgehende Bedürfnisse auf der anderen Seite. Die Wirtschaft ist also durchaus in der Lage,

den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. Und da der Absatz das Steuerrad für die Gesamtwirtschaft ist, so steht das Kaufkraftproblem im Vordergrund. Was man in Amerika als wirtschaftliche Vernunft erkennt, wird in Deutschland als Wider Sinn bezeichnet. Hierzulande führt die Rationalisierung zur Vernichtung von Kaufkraft. Die Preise bleiben trotz alledem hoch. Darum ist die Frage der Hebung des Lohnniveaus wichtig. Die Erhöhung der Löhne ist der wirksamste Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Die Lebenshaltungskosten im Februar

Die Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Februar auf 154,4 gegenüber 153,1 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,8 v. H. gestiegen. Diese Steigerung ist hauptsächlich auf die erhöhten Gemüse- und Kartoffelpreise zurückzuführen. Die Indexzahlen für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): Für Ernährung 155,7, für Wohnung 125,9, für Heizung und Beleuchtung 151,8, für Bekleidung 172,5, für den „sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 191,4.

13. Männerkursus in Tinz

Die Heimvolkshochschule Tinz ladet zur Teilnahme an ihrem dreizehnten Männerkursus ein. Die Lehrfächer, die in diesem Kursus im Vordergrund stehen, sind: Wirtschaftslehre, Geschichte, Psychologie und Kulturlehre, Staatstheorie und Staatsrecht, Gemeinwesen, Arbeitsrecht, Erziehungsfragen. Aufnahme finden Bewerber im Alter von 18 bis 30 Jahren, die keine höhere als Volksschulbildung genossen haben. Die Bewerber haben einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem neben den allgemeinen Daten über Alter, Staatszugehörigkeit, Berufsschulbildung usw. der Bildungsgang und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Ferner ist ein Aufsatz abzuliefern, über den den Bewerbern von der Schulleitung nähere Mitteilung gemacht wird.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Bettwäsche ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kursus für Thüringer 150 M., für die übrigen Reichsdeutschen 180 M., für Ausländer 200 M. Das Schulgeld ist bei Kursusbeginn zu entrichten. Hierzu tritt die Verpflichtung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst (6 Stunden wöchentlich) an der Erhaltung der Schule mitzuarbeiten. Der Kursus beginnt am 1. August 1929 und dauert bis Weihnachten 1929. Die Bewerbungen sind spätestens bis Ende März 1929 einzureichen. Die Entscheidung des Lehrerkollegiums über die Aufnahme erfolgt im Mai 1929. Anfragen und Bewerbungen ist Rückporto beizufügen.

„Und das Geld der Dummköpfe — das unterliegt keinem Zweifel — floß in Ihre Tasche!“

„Sie kennen mich sehr schlecht! Die Expedition ist in Vorbereitung. Ich ermangelte nicht, die mir anvertrauten Depots in Schatzanweisungen anzulegen.“

„Haben Sie vielleicht auch Obligationen der tripolitanischen Eisenbahnen gekauft?“

„Nein!“ versetzte der andere im ruhigsten Ton der Welt. „Diese Eisenbahnvaleurs sind stark heruntergegangen. Ihre Baisse dauert an.“

Herr Rogne erblakte. Er entsann sich plötzlich, daß die ganze Mitgift seiner Frau in Obligationen dieser Art angelegt war. Einen Augenblick vergaß er seine Rolle als Vernehmender und Richter. Er sah nur; sein Ruin stand bevor.

Er wandte sich zu dem Schreiber, der schattenhaft, diskret, dasaß: „Wollen Sie mir einen Gefallen tun? Ich brauche ein Buch — Sie werden es in der Bibliothek finden — das — den dritten Band der „Basilicorum“ von Heimbach! Wir warten!“

Als der Schreiber sich entfernt hatte, beugte sich Herr Rogne zu dem Bankier und fragte ängstlich:

„Die Papiere der tripolitanischen Bahnen sinken, meinen Sie?“

„Gewiß! Wenn Sie welche haben, verkaufen Sie, solange es noch Zeit ist!“

„Ja. Aber verkaufen ist nicht alles — es muß wiedergekauft werden!“

Herr Moufflette blinzelte verständnisvoll und sagte leise:

„Sie möchten, daß ich Ihnen einen Rat gebe?“

„Nun, nicht gerade einen Rat — einen leisen Wink!“

„Wissen Sie, daß es gar nicht so leicht ist, einen Wink dieser Art zu geben?“

„Nun, mein lieber Herr Moufflette! Wir stehen uns jetzt nicht mehr als Angeklagter und Untersuchungsrichter gegenüber. Ich hoffe, wie Sie eben ganz richtig sagten, in ebenso gute Beziehungen zu Ihnen zu treten wie meine Kollegen. Ich zeigte mich zuerst etwas schroff. Das verlangt das Metier. Entschuldigen Sie!“

„Auch Sie, lieber Herr, sind mir außerordentlich sympathisch, und es wäre bedauerlich, wenn wir wegen der unbedeutenden Affäre, die mich hierherführt, nicht auf eine Basis des Verstehens gelangen würden.“

„Wir werden uns verstehen! Die sichersten Papiere sind?“

„Kein Zweifel, daß ich im guten Glauben gehandelt habe! Einstellung des Verfahrens ist unerlässlich!“

„Ich fange an, es zu glauben. Die sichersten Papiere?“

„Danke! Nach dieser freundlichen Zusage habe ich nur noch das Recht, mich Ihnen als Freund zu erweisen. . . Sie wünschen? Ach ja, die Papiere! Nichts einfacher! Ich bitte um eine Schreibgelegenheit!“

„Nehmen Sie auf meinem Stuhle Platz! Da können Sie beiser schreiben!“

Herr Moufflette ließ sich nicht zweimal bitten. Er setzte sich in den Stuhl des Untersuchungsrichters, nahm die Feder und notierte mit schönen Schriftzügen: „Hasenaktien Agadir: 6 Prozent erstklassige Anlage, große Zukunft. In fünf Jahren Verdoppelung des Kapitals. Obligationen Las Palmas 51,2 Prozent, großzügige Bananenexploitation. Raufschuklozietät, notiert 297 Franks, rückzahlbar mit 500 Petzchiliminen. . .“

Der über die Tafel sich beugende Herr Rogne rieb sich in zwischen die Hände.

Tabakgewerbe



Tabaksteuereinnahmen im Januar

Die Tabaksteuereinnahmen im Januar betrugen insgesamt 79 920 772,33 RM. Davon waren 66 258 900,33 RM. von der Bänderrolensteuer, 13 640 156,66 RM. aus der Materialsteuer und 21 715,34 RM. aus der Tabakerafahstoffabgabe.

Durcheinander

Die Verfügungen, die die Präsidenten der Landesarbeitsämter auf Grund des Erlasses des Reichsarbeitsministers vom 26. Februar 1929 über die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf Tabak- und Zigarrenarbeiter bisher herausgegeben haben, lassen an Buntstreckigkeit nichts zu wünschen übrig. So hat der Präsident für das Landesarbeitsamt Rheinland, wie wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 8 berichteten, die Zigarettenarbeiterschaft überhaupt von der Krisenunterstützung ausgeschlossen und außerdem die Zulassung auf Arbeitslose über 21 Jahre beschränkt. Der Präsident für das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland hat dagegen die ledigen Berufsangehörigen der Tabakindustrie von der Krisenunterstützung ausgeschaltet, sofern sie im Alter bis zu 40 Jahren nicht überwiegende Ernährer einer Familie sind, während der Präsident für das Landesarbeitsamt Hessen nur solche Berufsangehörige des Tabakgewerbes zur Krisenunterstützung zuläßt, die entweder verheiratet oder als Ledige die überwiegenden Ernährer einer Familie sind.

Bei einem solchen Durcheinander kennt sich bald kein Mensch mehr aus, ganz abgesehen davon, daß in der Ausschließung bestimmter Berufs- und Altersgruppen eine große Ungerechtigkeit liegt. Die zuständigen Gauleitungen unseres Verbandes werden sofort die notwendigen Schritte unternehmen, damit alle Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie zu ihrem Recht kommen. Es kann nicht angehen, daß die Präsidenten der Landesarbeitsämter den Erlaß des Reichsarbeitsministers auf ihre Art auslegen.

Bemerkt sei noch, daß die Präsidenten der Landesarbeitsämter Sachsen und Niedersachsen die Krisenunterstützung für ihr Gebiet ohne Ausnahmen zugelassen haben.

Christlicher Tabakarbeiter-Verbandstag

Der Vorstand des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands hat beschlossen, den 9. Verbandstag am 29. und 30. Juni in Freiburg abzuhalten. Für die Tagesordnung sind folgende Punkte vorgesehen: 1. Geschäfts- und Rassenbericht; 2. Christliche Gewerkschaften und deutsches Volkstum; 3. Erledigung der gestellten Anträge; 4. und 5. Wahlen und 6. Verschiedenes. Zu diesem Verbandstag sollen 35 Vertreter gewählt werden, und zwar 2 im Rheinland, 5 in Westfalen, 8 in Mitteldeutschland, 1 in Nordost, 1 in Schlesien, 3 in Hessen, 6 in Unterbaden, 6 in Mittelbaden, Württemberg und Bayern (einschließlich Pfalz) und 3 in Oberbaden.

Agitationskrampf des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter in Trier

Gewiß braucht eine Blamage nicht gleich ein Unglück zu sein. Und doch haben diese beiden Faktoren etwas gemeinsam. Ebenso wie ein Unglück nie allein kommt, kommt auch nie eine Blamage allein. Raum hatten die Zigarrenarbeiterinnen in Saarburg ihren „christlichen Gewerkschaftssegens“ in der Praxis empfangen — bums kommt auch schon der Reinfall in Trier. Erich Naujack, Angestellter des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter in Trier, scheint nun von einem ganz besonderen Mißgeschick begleitet zu sein, obwohl es nicht von besonders stark ausgeprägtem Solidaritätsgefühl spricht, wenn man ihn für die Saarburger Affäre allein als den blamablen Mann hinstellen will, da er in Wirklichkeit ja doch nur laut Anweisung von oben „gearbeitet“ hat.

Wie fast überall, so hat auch in Trier der Deutsche Tabakarbeiter-Verband das Großteil an Mitgliedern. Ergo mußte man auch diese Tatsache von den „Christen“ anerkennen! Aber sollte da wirklich nichts Gegenteilige zu erreichen sein? Trier, die

Stadt der Kirchen, die Stadt eines Bischofssitzes, endlich die Stadt der rein katholischen Bevölkerung! Versucht mußte es jedenfalls werden. Freilich ging das nicht so einfach. Wir würden es ja verstehen, wenn sich beim Zentralverband christlicher Tabakarbeiter in Trier gewisse Expansionsbestrebungen bemerkbar machten, die immerhin in kleinem Rahmen erfüllt werden könnten, verlegte man das Feld seiner Tätigkeit in das Lager der Unorganisierten, obwohl deren Anzahl in Trier erfreulich gering ist. Daran denken die braven „Christen“ natürlich nicht. In um so blöderer und demagogischerer Weise versuchen sie deshalb in unsere Reihen einzubrechen. Ein regelrechter Feldzug wird eröffnet gegen die bösen „Koten“. Treppauf, treppab, immer bemüht, unsere Mitglieder davon zu überzeugen, daß die Zugehörigkeit eines Katholiken zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband gleichzeitig eine Handlung gegen die Kirche sei.

Bei unseren Kolleginnen, die in erster Linie „betreut“ werden, kann auch in Trier nicht mehr auf diese Tour gegangen werden, da bei ihnen genügend Einsicht über den Charakter einer wirtschaftlichen Organisation vorhanden ist. Bei den Eltern der Kolleginnen glaubten unsere Freunde in „Christo“ desto mehr Erfolg zu haben. Erich Naujack, der scheinbar immer „im guten Glauben“ handelt, läßt da meist am Schlusse seiner auch dort zwecklosen Bemühungen in möglichst lautem Pathos ertönen: „Wenn Sie nächste Woche noch Mitglied der roten Gewerkschaft sind, werden Sie laut bischöflicher Verfügung aus der Kirche ausgeschlossen“. Wenn das nicht zieht? Wir konnten feststellen, daß der Kamin ziemlich verstopft ist, da der Erfolg der „Christen“ gleich Null ist. Erich Naujack sollte einmal etwas tiefer über seine Mißgeschicke in der Agitation nachdenken — vielleicht wird ihm dann bewußt, daß die Tabakarbeitergewerkschaft in Trier für seinen „Segen“ lange nicht mehr dumm genug ist! Peja.

Auf dem Wege zur Einheit in Dänemark

Auf dem Internationalen Tabakarbeiter-Kongreß in Paris erhielt der Sekretär der Tabakarbeiter-Internationale, Kollege Eichelsheim (Amsterdam) den Auftrag, eine Verschmelzung der beiden in Dänemark bestehenden Tabakarbeiterorganisationen in die Wege zu leiten. Bekanntlich besteht dort ein Verband der Zigarrenarbeiter und ein Verband der Kautabakarbeiter. Da am 27. Januar dieses Jahres der Verbandstag der dänischen Kautabakarbeiter in Kopenhagen abgehalten wurde, hatte Kollege Eichelsheim Gelegenheit, sich dort seines Auftrages zu entledigen. Neben ihm trat der Vorsitzende des dänischen Zigarrenarbeiter-Verbandes Kollege Chr. Jensen sowie der Vorstand des dänischen Verbandes der Kautabakarbeiter für die Verschmelzung ein, mit der Begründung, daß eine einheitliche Organisation eine größere Schlagfertigkeit gewährleiste und eine größere Machtposition darstelle. Nach ausgiebiger Diskussion wurde mit 19 gegen 9 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der den Mitgliedern die Verschmelzung empfohlen wird.

Die Verschmelzung soll in der Weise vor sich gehen, daß 3 Mitglieder des Kautabakarbeiter-Verbandes in den Hauptvorstand des neuen Einheitsverbandes eintreten. Zahlstellen des Kautabakarbeiter-Verbandes mit mehr als 20 Mitgliedern sollen ihre eigene Verwaltung behalten, während solche mit weniger als 20 Mitgliedern in die Zahlstellen des Zigarrenarbeiter-Verbandes aufgehen sollen. Ueber die so getroffenen Vereinbarungen soll eine Urabstimmung entscheiden. Als Name für die neue Organisation ist die Bezeichnung Tabakarbeiter-Industrie-Verband vorgesehen.

Ein Altersheim für dänische Tabakarbeiter

Unser Dänischer Bruderbund will für die alten und invaliden Tabakarbeiter ein geräumiges neues Haus bauen, in welchem sie ihre alten Tage zurrieden verbringen können. Die Kosten sollen 220 000 Kronen betragen. Der Verband stellt 100 000 Kronen zur Verfügung. Den Grund und Boden denkt man gratis oder zu niedrigem Preise von der Gemeinde zu erhalten. Das übrige benötigte Geld glaubt man von den Unternehmern mit 7 Prozent Verzinsung leihen zu können. Zwei Unternehmer haben schon je 5000 Kronen gegeben. Es wird erwartet, daß die übrigen Unternehmer diesem guten Beispiel folgen werden.